



Protokoll der 10. Sitzung des Einwohnerrates

vom 21. August 2013, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 32 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Lisette Kaufmann, Denise Meyer, Markus Meyer, Markus Rudin, Gerhard Schafroth, Daniel Spinnler, Sabine Sutter und Matthias Zimmermann

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste:

Das Postulat „Verzeichnis der privatrechtlichen Zweckbindungen von Fonds“ (Nr. 2013/67) wird von der Postulantin Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) zurückgezogen.

Dem Antrag des Stadtrates wird zugestimmt und die Interpellation der BPK „Infrastrukturbeitrag bei Bauten mit erhöhten Nutzungsmöglichkeiten“ (Nr. 2013/64) von der Traktandenliste abgesetzt.

1. Protokoll der Ratssitzung vom 26. Juni 2013
://: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt. -
2. Petition „Erhöhung der Verkehrssicherheit beim Fussgängerstreifen an der Kreuzung Seltisberger-, Langhag-, Bruckacker- und Gartenstrasse“ in Liestal
://: Dem Antrag des Ratsbüros wird zugestimmt und die Petition an den Regierungsrat BL weitergeleitet. 2013/69
3. Burgeinschnitt-Überdeckung – Bericht Stadtrat zum Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB
://: Einstimmig nimmt der Rat von der stadträtlichen Postulatsbeantwortung Kenntnis und das Postulat wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als erfüllt abgeschrieben. 2012/10
2012/10a
4. Einbürgerungen – Beantwortung von Interpellation betreffend Einbürgerungen in Liestal von Meret Franke und Jürg Holinger der Grünen Fraktion durch den Stadtrat
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt. 2013/57
5. Kulturdenkmäler – Beantwortung der Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Kulturdenkmäler in Liestal
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt. 2013/59

6. Belagsreparaturen Altstadt – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Belagsarbeiten in der Liestaler Altstadt 2013/60
2013/60a
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
7. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 6 Fragen beantwortet.
8. Familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich, Pilotprojekt – Zweiter Bericht des Stadtrates zum Postulat der Fraktionen Grüne, SP, CVP/EVP/GLP 2012/201
2012/201a
2012/201b
*://: Das Konzept gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2012/201b wird vom Rat mit 29 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zur Kenntnis genommen.
://: Der Rat genehmigt mit 29 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen die jährlichen Bruttokosten von TCHF 270.
://: Mit 30 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2012/201 als erfüllt abgeschrieben.*
9. Ausfahrt Oskar-Bider-Quartier – Bericht Stadtrat zum Postulat „Sichere Ausfahrt für unser Oskar-Bider-Quartier“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion 2013/51
2013/51a
*://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht zum Postulat.
://: Mit 14 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen wird das Postulat nicht abgeschrieben.*
10. Familiengärten – Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Familiengärten Heidenloch 2013/68
://: Das Postulat wird mit 15 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) begrüsst die Ratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur ersten Ratssitzung im Amtsjahr 2013/2014 und verliest die Liste der entschuldigten Ratsmitglieder.

In seiner Antrittsrede richtet Hanspeter Stoll (GL) als Ratspräsident folgende Worte an die Anwesenden:

Herr Präsident
Geschätzter Stadtrat
Treue Vertreter der Medien
Werte Gäste auf der Tribüne
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich begrüsse Sie herzlich zur ersten Einwohnerratssitzung im Amtsjahr 2013/2014. Bei der Vorbereitung zur heutigen Sitzung ist mir das Zitat „Wer ständig über seinen Sorgen brütet, dem schlüpfen sie auch aus“ der sehr erfolgreichen Unternehmerin Helen Carrington in den Sinn gekommen. Die 40 Ratsmitglieder haben als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner von Liestal die Pflicht, der allgemeinen Wohlfahrt insgesamt zu dienen. Dies ist auch so in § 40 des Gemeindegesetzes festgehalten. Was in kleineren Gemeinden die Gemeindeversammlung übernimmt, wird in Liestal vom Einwohnerrat ausgeübt. Wir sind ein kleiner Teil des gesamten Gemeinschaftswesens mit einer grossen Verantwortung gegenüber der Gesamtbevölkerung unserer Stadt. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das Gemeindegesetz des Kantons Baselland hinweisen und daraus zitieren: „Die Wohlfahrtspflege umfasst die Erstellung und den Unterhalt der dem Gemeinwohl dienenden baulichen Anlagen, die Unterstützung und Betreuung der wirtschaftlich Schwachen und Gefährdeten, sowie die übrigen Massnahmen, die geeignet sind, den Zustand der Bevölkerung in geistlicher, sittlicher, gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung zu heben“. Die Leute auf der Tribüne, aber auch die heute nicht Anwesenden draussen erwarten von uns, dass wir diese Aufgaben ernst nehmen und dass wir nicht als exklusiven Club all zu lange über Sorgen brüten und in der Folge neue Probleme generieren. Sondern, dass wir konstruktive, zukunftssträchtige und dem allgemeinen Wohlbefinden dienende Lösungen anbieten können. Unbesehen der Tatsache zwar, dass wir als Rat in vielen politischen Fragen oft gegensätzlicher Meinung sind. Wir dürfen aber über die vergangenen 10 Jahre mit dem Erreichten aber auch einmal zufrieden sein. So haben wir in den letzten 10 Jahren gemeinsam erreicht, dass wir die Schuldenlast von 60 Millionen auf vertretbare 20 Millionen reduziert haben und somit wieder handlungsfähig geworden sind. Wir haben in diesen Jahren aber auch investiert und die gesteckten Ziele erreicht. So ist beispielsweise auch der Wunsch von Einwohnerrat Paul Pfaff „Ich will endlich Kräne sehen!“ in Erfüllung gegangen. Liestal darf als Hauptort des Kantons Baselland wieder etwas selbstbewusster werden und stolz auftreten. Und wieso sollte beispielsweise Liestal bei einer allfälligen Fusion der beiden Kanton Basel-Stadt und Baselland nicht auch Kantonshauptort sein? Auch für Neuzuzüger ist Liestal attraktiv geworden, als dies früher der Fall war. Und trotzdem darf man die Realität nicht ausblenden. So ist beispielsweise die Sanierung der in die Jahre gekommenen Schulanlagen, aber auch die Sanierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse, sehr wichtig. Die Attraktivitätsförderung unseres Städtli und die Unterstützung des lokalen Gewerbes als wichtigster Arbeitgeber vor Ort dürfen nicht unterschätzt werden. Wenn wir in unmittelbarer Zukunft zusammen auch noch die steuerliche Belastung von Einwohnerinnen und Einwohnern adäquat reduzieren können, dann haben wir in naher Zukunft einen weiteren Meilenstein in der Geschichte unserer Stadt beeinflussen und mitschreiben können. In diesem Sinne möchte ich nun zum Tagesgeschäft übergehen und abschliessend den Wunsch sowie die Aufforderung vorbringen, dass wir auch in Zukunft zum allgemeinen Wohlbefinden zusammenarbeiten werden. Ich erkläre somit, die erste Sitzung im Amtsjahr 2013/2014 als eröffnet.

* * * * *

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Die Termine und Sitzungsdaten des Einwohnerrates für das Kalenderjahr 2013 sind fixiert worden. Der ER-Terminplan 2014 und auch der Detailterminplan sind dem Rat bereits per E-Mail übermittelt und an der heutigen Ratssitzung als Tischpapier verteilt worden.
- Die Einwohnerratssitzung vom 25. September 2013 ist gemäss Vorabklärungen mangels genügend spruchreifer Geschäfte abgesagt worden.
- Einwohnerrätin Corinne Ruesch (GL) darf er an dieser Stelle nochmals recht herzlich zur Geburt ihres Sohnes Laurin gratulieren, welcher am 27. Juni 2013 geboren ist.
- Ratsmitglied Michael Bischof (FDP) hat mit Schreiben vom 19. August 2013 seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per Ende Oktober 2013 erklärt. Das Schreiben wird verlesen. Die offizielle Verabschiedung findet an der nächsten Ratssitzung statt.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rot
- Einladungsschreiben zu Referat von Ulrich Tigner vom 19.09.2013
- Terminplan 2014 und Detail-Terminplan 2014
- Neue Vorstösse bzw. Vorlagen Nr. 2013/71 und Nr. 2013/72

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------|--|
| - Stefan Fraefel | Seite A (SP, GL) |
| - Michael Bischof | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Fabian Eisenring | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass er im kommenden Amtsjahr der Auszählung bei Abstimmungen und Wahlen die gebührende Beachtung schenken wird. Sollten die Resultate nicht stimmen, so würde er die Abstimmungen so lange wiederholen lassen, bis dass das Schlussresultat stimmt.

Neue persönliche Vorstösse

- Motion betreffend Verkehrs- und Mobilitätsstrategie Liestal von Diego Stoll der SP-Fraktion (Nr. 2013/71)
- Interpellation „Zukunft des Waffenplatzes Liestal“ von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2013/72)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass im Zusammenhang mit dem Baugesuchverfahren „alter Manor“ an der Rathausstrasse alle Fragen geklärt und alle Einsprachen bereinigt werden konnten. Das Gesuch der Bauherrschaft für eine vorzeitige Abbruchbewilligung ist beim Kanton noch hängig.

Die Zeitungsberichte betreffend der Deponie „Windental“ hatten einige Diskussionen ausgelöst und der Stadtrat musste sich ebenfalls noch über das Projekt der Bürgergemeinde informieren lassen. Er kann nach einer Besprechung mit der Bürgergemeinde wie folgt kurz informieren: In der Region besteht nach wie vor Bedarf an Deponien für sauberes Aushubmaterial und die Bürgergemeinde Liestal ist diesbezüglich angefragt worden. Bereits im Zusammenhang mit der Deponie Höli war die Deponie zwischen dem Cheddite-Areal und der Windentalhöhe evaluiert und als mögliche Deponie in Erwägung gezogen worden. Im Moment handelt es sich nur um eine ausgesprochene Idee und es sind noch ganz viele politische und technische Hürden zu nehmen. Mit der Bürgergemeinde wurde vereinbart, dass der Stadtrat wieder kontaktiert wird, sobald das Projekt konkret werden könnte.

Traktandenliste

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt die Frage, ob bezüglich der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung Wortbegehren angemeldet werden.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass sie ihren Vorstoss bzw. das **Postulat „Verzeichnis der privatrechtlichen Zweckbindungen von Fonds“ (Nr. 2013/67)** gemäss Traktandum Nr. 10 aus formellen Gründen zurückzieht und das Geschäft deshalb nicht zu behandeln ist. Sie wird allenfalls ihren Vorstoss wieder als Interpellation bringen.

Stadtrat Peter Rohrbach stellt den Antrag, dass die **Interpellation „Infrastrukturbeitrag bei Bauten mit erhöhten Nutzungsmöglichkeiten“ (Nr. 2013/64)** von der Traktandenliste abgesetzt und auf die nächste Einwohnerratssitzung neu traktandiert wird. Im Zusammenhang mit dem neuen Raumplanungsgesetz sind vom Stadtbauamt noch weitere vertiefte Abklärungen zu treffen, weshalb er die Interpellation von ihm an der heutigen Sitzung gar nicht beantwortet werden kann.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum stadträtlichen Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig stimmt der Rat dem stadträtlichen Antrag zu, weshalb die Interpellation „Infrastrukturbeitrag“ (Nr. 2013/64) von der Traktandenliste der heutigen Ratssitzung abgesetzt wird.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass die Interpellation Nr. 2013/64 im Sinne der Interpellanten vom Stadtrat vorteilhaft schriftlich beantwortet werden sollte. Zudem kann er nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet oder Änderungsanträge gestellt werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 07.08.2013 unter Berücksichtigung der vorgängigen Informationen sowie Entscheide einstimmig beschlossen.

111 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 26. Juni 2013

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Ratssitzung vom 26. Juni 2013 eingegangen sind. Zum Geschäft bzw. Protokoll werden keine Wortbegehren angemeldet.

://: Das Protokoll der letzten Ratssitzung vom 26. Juni 2013 wird einstimmig genehmigt.

112 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Petition „Erhöhung der Verkehrssicherheit beim Fussgängerstreifen an der Kreuzung Seltisberger-, Langhag-, Bruckacker- und Gartenstrasse“ (Nr. 2013/69)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass die Petition an den Stadtrat und den Einwohnerrat adressiert wurde. Das Grundrecht bzgl. einer Petition ist in der Bundesverfassung geregelt. Eine Petition hat keine rechtlichen Verbindlichkeiten und der Umgang des Einwohnerrates als Legislative mit der vorliegenden Petition richtet sich nach § 53 des Einwohneratsgeschäftsreglementes. Die Verkehrssicherheit an der Seltisbergerstrasse ist im Rat schon mehrmals diskutiert worden, doch ist man immer wieder an den Punkt angelangt, wo man nicht mehr weiter gekommen ist. Im Zusammenhang mit der traktandierten Petition hat der Einwohnerrat heute nicht die Möglichkeit, über den Inhalt der Petition zu diskutieren, denn der Rat hat lediglich die weitere Behandlung der eingereichten Petition zu beschliessen. Auch könnten die hier anwesenden Einwohnerrats- und Landratsmitglieder unterstützend wirken, indem sie beispielsweise im Kantonsparlament einen Vorstoss einreichen würden. Den Petitionären wird damit auch bezeugt, dass der Einwohnerrat ihre Anliegen ernst nimmt. Bezüglich der weiteren Behandlung der Petition gemäss zweitem Antrag der Vorlage Nr. 2013/69 schlägt das Büro dem Rat vor, dass die Petition gemäss stadträtlichen Empfehlung an den Gesamt-Regierungsrat des Kantons Baselland weitergeleitet wird.

Stadtrat Peter Rohrbach hält als Exekutiv-Vertreter der Stadt fest, dass die Petitionäre zwischenzeitlich vom Kanton bereits ein Schreiben in erwähnter Angelegenheit erhalten haben. Von der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei in Lausen werden die bereits bekannten Antworten einmal mehr bestätigt. So werden beispielsweise die beiden Forderungen betreffend Tempo 30 und Lichtsignalanlage wiederum abschlägig beantwortet. An dieser Stelle möchte er festhalten, dass sich beispielsweise das Tiefbauamt des Kantons doch sehr in dem von der Kantonspolizei vorgegebenen Rahmen engagierte. Der Kanton und die Stadt suchen nach Lösungen und werden die Petitionäre wieder kontaktieren. Die Problemlösung wird nicht einfach sein, denn seit Jahren werden die gleichen Fragen gestellt, welche auch immer wieder mit den gleichen Stellungnahmen beantwortet werden. Er kann der Verkehrspolizei des Kantons ein professionelles Vorgehen attestieren. Diese ist aber in der Gesetzgebung und den rigiden Regeln auch wieder gefangen und so sind beispielsweise im Zusammenhang mit der Erstellung eines neuen Fussgängerstreifens verschiedene Aspekte sowie Erhebungen zu berücksichtigen. Im gegenseitigen Respekt muss man bei abschlägigen Antworten auch akzeptieren, dass es die Fachleute nicht unbedingt böse meinen. Bereits heute kann er aber festhalten, dass im Gebiet der Seltisbergerstrasse einige Massnahmen getroffen werden, welche dann hoffentlich auch von allen akzeptiert werden.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass das Ratsbüro der Meinung ist, dass die Petition an der heutigen Sitzung nicht inhaltlich diskutiert werden soll. Das Geschäft ist aber in den letzten Jahren im Rat immer wieder thematisiert worden, doch könnten nun in Abweichung zu den reglementarischen Bestimmungen noch Fragen gestellt werden.

Michael Bischof (FDP) meint, wenn der Rat nun heute beschliesst, dass man das Geschäft diskutieren möchte, dann wird dies auch mit einer reglementarischen Bestimmung nicht verhindert werden können. Problematisch beim vorliegenden Geschäft ist, dass der Kanton im Zusammenhang mit der Seltisbergerstrasse als Kantonsstrasse das Sagen hat, wobei unter anderem auch private Strassenanwänder noch betroffen wären. Weitere Abklärungen durch Experten sind nötig, denn es muss nun wirklich etwas passieren, bevor etwas passiert. Den Stadtrat möchte er aber intensiv zu Präventionsmassnahmen und baulichen Massnahmen im Rahmen seiner Möglichkeiten auffordern. Eine zusätzliche Lichtsignalanlage dürfte nicht die Lösung sein und beispielsweise eine vermehrte Verkehrsschulung bei Kleinkindern eher Erfolg beschieden sein.

Beat Gränicher (SVP) unterstützt das Votum seines Vorredners. Es verwundert und erstaunt ihn aber schon etwas, dass sich der Regierungsrat, der Stadtrat, die Kantonspolizei und weitere Amtsstellen mehrmals in den letzten Jahren über die Notwendigkeit eines Fussgängerstreifens usw. unterhalten können und nach wie vor nicht am Ziel sind. Einfache Lösungsansätze für eine bessere Verkehrssicherheit sind im Einwohnerrat schon mehrmals erwähnt worden und könnten ohne grösseren Aufwand umgesetzt werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, dass sich bestimmt auch einige anwesende Landratsmitglieder auf kantonaler Ebene für bauliche und präventive Massnahmen einsetzen werden. Beim Kanton muss weiter Druck gemacht werden. Vor Jahren hatte auch ein längerer Kampf der Bauernfamilie Weber entlang der Waldenburgerstrasse mit Unterstützung von Politikern dazu geführt, dass schlussendlich doch noch ein Fussgängerstreifen realisiert wurde.

Ratspräsident Hanspeter Stoll stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis von der Petition der IG Verkehrsberuhigung Seltisbergerstrasse.

://: Dem Antrag des Ratsbüros wird einstimmig zugestimmt und die Petition gemäss Vorlage Nr. 2013/69 an den Regierungsrat Kanton Basel-Landschaft weitergeleitet.

113 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Burgeinschnitt-Überdeckung – Bericht Stadtrat zum Postulat von Michael Bischof der FDP-Fraktion betreffend Machbarkeitsstudie zur Überdeckung des Burgeinschnittes im Rahmen des Ausbaus auf vier Geleise der SBB (Nr. 2012/10)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (CVP/EVP/GLP) orientiert, dass zuallererst das Eintreten zu beschliessen ist.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Michael Bischof (FDP) bedankt sich dafür, dass der Rat an der letzten Sitzung die Aussetzung des Geschäfts gemäss Antrag der FDP-Fraktion beschlossen hatte, da er sich als Postulant wegen Ferienabwesenheit für die Sitzung hatte entschuldigen lassen müssen. Dem Stadtrat dankt er für die Beantwortung seines Vorstosses, sein proaktives Vorgehen im Zusammenhang mit den geführten Gesprächen zusammen mit den SBB und dem Kanton sowie das allgemeine Vorgehen im Zusammenhang mit der Bahnhofplatzgestaltung, dem Geleiseausbau usw. Festhalten möchte er ganz klar, dass er mit seinem Vorstoss das Projekt nicht verhindern möchte. Bezugnehmend auf den stadträtlichen Bericht stellt er fest, dass gemäss Erfahrungszahlen die Bodenpreise bei der überdeckten Fläche für Sportplätze usw. bei rund CHF 2'000.-/m² und für Wohnbauten bei ca. CHF 4'000.-/m² liegen dürften. Es ist klar, dass bei diesen Bodenpreisen keine Investoren für diesbezügliche Projekte gefunden werden können. Das Kernproblem könnte aber auch eine Chance für Liestal bieten, denn eine Neubaustrecke der SBB muss massiv tiefere Lärmwerte als bei Ausbaustrecken ausweisen. So müsste bei den weiteren Verhandlungen und Abklärungen im Zusammenhang mit dem SBB-Geleiseausbau vom Stadtrat auf den Neubau und nicht auf einen Ausbau gepocht werden, damit Liestal von günstigeren Lärmschutzmassnahmen profitieren könnte. Die neuen Mauern entlang der Bahnstrecke müssen tief verankert und massiv sein. Und wenn man dieses Mauerwerk auch für die Überdeckung der Bahnlinie nutzen könnte, wäre das Lärmproblem gelöst und die überdeckte Fläche könnte als Sportplatz, Parkplatz usw. genutzt werden. Selbst wenn er nicht mehr als Einwohnerrat im Amt sein wird, wird er an der Sache dran bleiben, und so habe er im Sinn, dafür auch ein Bürgerkomitee zu gründen. Es stört ihn, dass bereits heute sein Postulat abgeschrieben werden soll und so empfiehlt er dem Rat, den stadträtlichen zweiten Antrag abzulehnen. Der Aufwand für eine weitere Berichterstattung dürfte angesichts der Wichtigkeit des Geschäfts gering sein. Und sollte die Einreichung eines neuen Vorstosses zu demselben Thema Sinn machen, würde er gegebenenfalls sein Postulat zurückziehen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) dankt dem Postulanten für seinen Vorstoss, denn mit der stadträtlichen Antwort habe man einiges Wissenswertes zum Projekt erfahren, was nicht nur den Burgeinschnitt-Deckel betrifft. Auch in seiner Fraktion gehen die Meinungen betreffend der Überdachung auseinander. Die vom Postulanten erwähnten neuen Mauern müssen nicht zwingend gerade sein und könnten dennoch dem Lärmschutz dienen. Er gehe davon aus, dass es sich beim Projekt in Liestal um eine Ausbau- und nicht um eine Neubaustrecke handelt. Ob dies juristisch verhält, müsste sicher noch geklärt werden. Auch er ist der Meinung, dass die bereits bestehenden Lärmschutzwände nicht nochmals um zwei Meter erhöht werden sollten. Die Mittefraktion konnte bezüglich dem stadträtlichen Antrag betreffend der Postulatsabschreibung keine eindeutige Stellungnahme finden.

Jürg Holinger (GL) informiert, auch die Grüne Fraktion mache dem Stadtrat ein Kompliment betreffend den Antworten sowie Auskünften zum Postulat. Auch finde man die Definition der Themenfelder und deren Priorisierung richtig. Im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie sollte noch die Frage des Postulanten bzgl. der Neubaustrecke bzw. Ausbaustrecke thematisiert werden. Erfreulich ist, dass die von seiner Fraktion gewünschte Ergänzung betreffend

dem Postulat eingeflossen ist, wird nun doch die Machbarkeitsstudie von allen Partnern und nicht von der Stadt Liestal alleine bestellt sowie finanziert. Seine Fraktion unterstützt die Postulatsabschreibung, damit die Bevölkerung sieht, dass der Einwohnerrat die stadträtliche Strategie unterstützt. Sollte nach der Abschreibung des Postulates Nr. 2012/10 weiterer Auskunftsbedarf bestehen, könnte immer noch ein neuer Vorstoss eingereicht werden.

Diego Stoll (SP) orientiert, auch die SP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulates zustimmen. Am 4. Juli 2013 ist in einem historischen Moment mit der Unterzeichnung des Letter of intent ein Leuchtturmprojekt für den Bahnhof Liestal gestartet worden. Der Bahnhof Liestal muss als gesamthaftes Projekt angeschaut werden. Es ist wichtig, dass Einwohnerrat und Stadtrat gemeinsam ihre Positionen vertreten.

Beat Gränicher (SVP) informiert, in seiner Fraktion werden betreffend der Abschreibung des Postulates unterschiedliche Meinungen vertreten. Dem Stadtrat möchte er ein Kompliment für die bereits getroffenen Massnahmen sowie seinen Bericht zum Vorstoss machen. Als direktbetroffener Anwohner sollte er eigentlich auch für die Burgeinschnitt-Überdeckung sein, doch unterstützt er die stadträtliche Stossrichtung, dass man zuallererst weitere Abklärungen betreffend dem Gesamtprojekt trifft und Detail in einem späteren Zeitpunkt nochmals thematisiert.

Michael Bischof (FDP) weist darauf hin, dass bei einer Abschreibung seines Postulates der Rat keine Gewähr dafür hat, dass er die Machbarkeitsstudie je sehen wird. Und sollte der Rat das Postulat nicht abschreiben, so heisst das noch lange nicht, dass der Rat den Stadtrat nicht unterstützen oder diesem nicht vertrauen würde.

Beat Gränicher (SVP) meint, dass vom Einwohnerrat auch nach der Postulatsabschreibung mit einem neuen Vorstoss die Machbarkeitsstudie immer noch eingefordert werden könnte, sollte ihm diese nicht zur Kenntnis gebracht werden.

Stadtrat Peter Rohrbach informiert darüber, dass gemäss neuesten Informationen die Machbarkeitsstudie rund CHF 36'000.-- kosten und diese im Voranschlag 2014 eingestellt sowie im nächsten Entwicklungsplan thematisiert wird. Auch die SBB sind an einer baldmöglichsten Klärung verschiedener Fragen interessiert, weshalb die Studie bereits nächstes Jahr vorliegen muss. Vorgängig muss aber noch die Führung der vier Geleise festgelegt werden. Eine Etablierung der bevorstehenden Prozesse durch den Stadtrat ist gar nicht möglich, ohne dass davon der Rat Kenntnis bekommen sollte. Dem Stadtrat, dem Kanton und auch den SBB ist es wichtig, dass alle öffentlichen Statements in einem Konsens sind. So ist auch die vorliegende Postulatsbeantwortung dem Kanton und den SBB als Partner zur Kenntnis gebracht worden. Auch haben die Durchgänge der SBB beispielsweise Einfluss auf bereits bestehende Gemeindestrassen wie die Wiedenhubstrasse, die Gartenstrasse usw. Es wird im Zusammenhang mit dem Bahnhof- und SBB-Projekt wohl kaum etwas passieren, ohne dass diesbezüglich nicht auch noch eine Einwohnerratsvorlage nötig wäre. Die Bringschuld betreffend der Machbarkeitsstudie usw. wird vom Stadtrat begriffen und zugestanden.

Michael Bischof (FDP) möchte wissen, ob vom Stadtrat denn auch garantiert werden kann, dass die Machbarkeitsstudie zur gegebenen Zeit auch öffentlich zugänglich sein wird.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass er die Frage des Postulanten bejahen kann.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis von der Beantwortung des Postulates gemäss stadträtlichen Vorlage Nr. 2012/10a.

://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat als erfüllt abgeschrieben.

114 0.01.011.01 Einwohnerrat

**4. Einbürgerungen – Beantwortung von Interpellation betreffend
Einbürgerungen in Liestal von Meret Franke und Jürg Holinger der
Grünen Fraktion durch den Stadtrat (Nr. 2013/57)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Grüne Fraktion*

Interpellation

*Einbürgerungen in Liestal
(vo Schönebuech bis Ammel)*

In der Tageswoche vom 24. Mai 2013 wird berichtet, wie eine junge Frau bei ihrer Einbürgerung in Liestal nebst der Beantwortung einiger Fragen (wie hoch ist der Schleifenberg, welche Täler kommen in Liestal zusammen, wie viele Mitglieder sitzen in der Rechnungsprüfungskommission und wer sitzt im Liestaler Stadtrat) vor dem Bürger- rat das Baselbieterlied vorsingen musste.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Findet der Stadtrat ein solches Vorgehen bei Einbürgerungen noch zeitgemäss?*
- 2. Ist das Prozedere bei Einbürgerungen reglementiert und für Alle gleich?*
- 3. Ist der Stadtrat bereit, diesbezüglich mit dem Bürgerrat das Gespräch zu suchen?*

Liestal, 27.Mai 2013

Meret Franke

Jürg Holinger

* * * * *

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt zum Vorstoss und den Fragen der Interpellanten Stellung: Vorausschicken möchte er, dass das Einbürgerungswesen Sache der Bürgergemeinde und nicht der Einwohnergemeinde ist. Nach Eingang der Interpellation hatte man bei der Bürger- gemeinde nachgefragt und der geschilderte Vorfall des Vorstosses ist von dieser weder be- stätigt, noch dementiert worden. Zu dem in der Interpellation geschilderten Fall kann er des- halb keine Auskunft geben, weshalb die Fragen der Interpellanten an die Bürgergemeinde gerichtet werden müssten, sollte man konkrete Antworten zum Fall erwarten. Im Stadtrat gibt es keine gefestigte Meinung, was im Rahmen von Einbürgerungsverfahren opportun ist und was nicht. Die Singstimme ist als Instrument zu betrachten, welche besonders stark mit dem eigenen Körper verbunden ist, wie dies bei keinem anderen Instrument der Fall ist. Ungeübte dürften deshalb das Singen nicht beherrschen und/oder gehemmt sein. Diese Ausgangslage müsste doch in nicht ganz so einfachen Situationen wie bei einem Einbürgerungsgespräch auch berücksichtigt werden. Auch bei der Autofahrprüfung wird man wohl kaum verlangen, dass die Prüflinge die Nationalhymne vorsingen und dennoch dürfen diese die Nationalstras- sen befahren.

Jürg Holinger (GL) dankt für die stadträtliche Beantwortung der Interpellation und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Jürg Holinger (GL) bemerkt als Mitunterzeichner der Interpellation, dass das Volk draussen wohl kaum zwischen Einwohnerrat und Bürgerrat unterscheiden kann, weshalb er auch auf den im Vorstoss geschilderten Vorfall angesprochen wurde. Während drei Amtsperioden war er selber Bürgerkommissionsmitglied, und so ist ihm auch bekannt, dass nicht die Einwohnergemeinde für das Einbürgerungswesen zuständig ist. Die im Rat anwesenden Bürgerratsmitglieder können aber sicher auch etwas zur Interpellation sagen.

Karin Jeitziner (FDP) führt aus, dass sie seit einem Jahr als Bürgerrätin für die Einbürgerungen verantwortlich zeichnet und in dieser Zeit hatte sie noch nie ein Vorsingen verlangt. Die Problematik für das Beherrschen der Singstimme ist vom Stadtpräsidenten bereits erwähnt worden und es ist auch nicht einfach, den Text der ganzen Nationalhymne auswendig zu lernen. Und wieso hätte sie etwas verlangen sollen, was sie selber auch nicht beherrscht? In früheren Jahren ist anscheinend die Frage gestellt worden, ob die Gesuchsteller das Baselbieterlied kennen oder nicht, doch ist kein Vorsingen verlangt worden. In den letzten 20 – 25 Jahren ist an keiner Bürgergemeindeversammlung ein Einbürgerungsgesuch abgelehnt worden. Die Ablehnung eines Gesuches hätte bestimmt nicht damit begründet werden können, dass jemand das Baselbieterlied nicht singen kann. Sie gibt gerne weitere Auskünfte im Zusammenhang mit Einbürgerungsverfahren und stellt fest, dass alle Gesuchsteller denselben Fragebogen erhalten, da alle die gleichen Rechte haben sollen. Sie wäre froh gewesen, hätten die Interpellanten die Fragen direkt an die Bürgergemeinde gerichtet und nicht gleich einen Vorstoss im Einwohnerrat eingereicht.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) gibt bekannt, dass er seit 2006 als Bürgerrat bei jedem Einbürgerungsgespräch dabei war. Das Einbürgerungswesen liegt in der Kernkompetenz der Bürgergemeinde und so hatte er sich ebenfalls gewundert, dass die Fragen der Interpellanten nicht zuallererst an den Bürgerrat gerichtet wurden. An dieser Stelle möchte er klar festhalten, dass seit dem Jahre 2006 keine einzige Person bei einem Einbürgerungsgespräch in Liestal das Baselbieter-Lied singen musste oder dazu aufgefordert wurde. Der in der Interpellation bzw. in der Basler Zeitung erwähnte Vorfall ist vermutlich ein Produkt aus Spekulationen, Mutmassungen, Eigenkreationen etc. und ist so auch nie passiert. Bei einem Gesuchsverfahren einer ganzen Familie hatte die Mutter im Anschluss an ein gutes Einbürgerungsgespräch in ihrer Freude den Wunsch vorgebracht, dass alle Besprechungsteilnehmer und Anwesenden das Baselbieter zum Schluss singen, was man dann auch getan hatte. Wie von Einwohnerrätin und Bürgerrätin Karin Jeitziner vorgängig bereits erwähnt wurde, kann es aber schon sein, dass man Gesuchstellern die Frage bzgl. der Existenz des Baselbieterliedes auch schon gestellt habe. Es ist aber unwahr, dass die Bürgergemeinde das Vorsingen des Baselbieterlied verlangt hatte und für diese Aussage bürgen er.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, dass er den Zeitungsbericht in der Tageswoche vom 24. Mai 2013 und nicht in der Basler Zeitung gelesen habe, wie dies fälschlicherweise von seinem Vorredner gesagt wurde. Man habe mit der Journalistin geredet, doch möchte man auf den in der Presse geschilderten Fall gar nicht mehr zurückkommen. Und hätte man die Fragen direkt an die zuständige Bürgergemeinde gerichtet, hätte diese auch nicht die Plattform wie in der heutigen Einwohnerratssitzung zur Richtigstellung des Sachverhaltes bekommen. Ihm selber ist das Liestaler-Bürgerrecht ebenfalls viel wert. Und so möchte er nicht, dass man mit der Beantwortung von Scherzfragen in Liestal eingebürgert wird, was ja von den beiden Bürgerrats- und Einwohnerratsmitgliedern Karin Jeitziner und Hans Rudolf Schafroth in Abrede gestellt wurde.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/57.

115 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Kulturdenkmäler – Beantwortung der Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Kulturdenkmäler in Liestal (Nr. 2013/59)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Hanspeter Meyer
namens der SVP-Fraktion*

27. Mai 2013

***Interpellation
betreffend Kulturdenkmäler in Liestal***

In einem Zeitungskommentar von letzter Woche wurde zu Recht kritisiert, dass einerseits die Familie Herwegh sehr prominent verehrt wird, andererseits aber Denkmäler und Gedenktafeln anderer Liestaler Persönlichkeiten stiefmütterlich behandelt werden. Dabei geht es vor allem um Nobelpreisträger Carl Spitteler.

Fragen:

- 1. Sieht der Stadtrat auch Bedarf, diesbezüglich Schritte in die Wege zu leiten, damit das grosse Wirken berühmter Liestaler wieder vermehrt und sichtbar gemacht wird?*
- 2. Ist der Stadtrat bereit, mit den zuständigen kantonalen Stellen zu prüfen, welche Möglichkeiten sich dazu anbieten?*

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert, dass die Interpellation vom Stadtpräsidenten beantwortet wird.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt zum Vorstoss und den Fragen des Interpellanten Stellung: Für den Stadtrat steht fest, dass es immer das aktuelle und reale Interesse sein soll, das über den Grad des Erinnerns entscheiden soll. In Liestal soll deshalb keine Erinnerungskultur behördlich verordnet und etabliert werden. Das Interesse an Georg Herwegh ist sehr wach und so kommen Besuchergruppen und Schulklassen, teils gar aus Berlin, zum Denkmal in Liestal. Dies hat ja insbesondere mit der Rolle Georg Herwegh's im deutschen Vormärz 1848 zu tun. Es war auch der ausdrückliche Wunsch von Georg Herwegh, welcher 1875 verstorben ist, in freier Erde in Liestal begraben zu werden. Liestal kann auch heute noch darauf stolz sein, dass man schon damals wahrgenommen wurde und dies kann auch ein Aufbruch an das heutige Liestal verstanden werden, ein freiheitliches Klima für alle zu schaffen. Das Denkmal für Georg Herwegh ist 1904 errichtet worden und sein Nachlass bildet den Kernbestand des Dichter- und Stadtmuseums Liestal. Keinesfalls möchte der Stadtrat Georg Herwegh und Carl Spitteler gegeneinander ausspielen. Man ist sich der Bedeutung von Carl Spitteler sehr wohl bewusst, welcher 1845 in Liestal zur Welt kam, 1919 den Literatur-Nobelpreis erhielt und uns auch heute noch stolz macht. Er wird mit der nach ihm benannten Spitteler-Strasse, dem Denkmal beim Kantonsspital und ebenfalls durch seine starke Präsenz im Dichter- und Stadtmuseum gewürdigt. Und so sieht der Stadtrat auch keinen Aufholbedarf im Zusammenhang mit der Würdigung von Carl Spitteler. In nächster Zukunft wird es zwei Gelegenheiten geben, in dem es ganz stark um Carl Spitteler und seine Texte gehen wird. So wird es nächstes Jahr genau 100 Jahre her sein, als er am 14. Dezember 1914 sei-

ne berühmte Rede gehalten hatte, bei der es um die Problematik der damaligen Schweiz mit den von ihr umgebenen kriegsführenden Staaten ging. Das Dichter- und Stadtmuseum und auch der Stadtrat haben diesbezüglich das Nötige betreffend einem kommunalen Anlass Ende 2014 veranlasst. Im Staatsarchiv gibt es übrigens einen interessanten Blog, welcher sich mit der Rede von Carl Spitteler vom 14. Dezember 2014 auseinandersetzt. Im Jahr 2019 jährt sich die Nobelpreis-Verleihung zum hundertsten Mal und dies soll in Liestal in gebührendem Mass gewürdigt und gefeiert werden. Diese Veranstaltungen werden vom Stadtrat, dem DISTL und der Kantonsbibliothek geplant. Carl Spitteler wird in den nächsten Jahren stark in unser Bewusstsein treten, begründet aus seinem Werk heraus und ohne behördlich-staatliche Leitung.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtliche Beantwortung seiner Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Hanspeter Meyer (SVP) legt dar, dass es ihm bei seinem Vorstoss nicht darum ging, beispielsweise einzelne Dichter gegen einander auszuspielen. Und auch der Ratspräsident hatte in seiner heutigen Antrittsrede gesagt, dass man darauf stolz sein kann, was man in Liestal hat und dazu auch Sorge tragen muss. So wurde vor wenigen Tagen ein riesiges Jubiläum im Baselbiet zu Ehren von Oskar Bider gefeiert, was in Liestal völlig vergessen wurde. Es gibt immer wieder Gelegenheit, Einwohner und Bürger von Liestal zu würdigen, und so freut er sich, dass in den nächsten Jahren auch wieder Carl Spitteler in den Vordergrund gerückt wird. In anderen Städten werden meist Persönlichkeiten verehrt und gebührend gewürdigt, was in Liestal oftmals etwas im Hintergrund steht.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/59.

116 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Belagsreparaturen Altstadt – Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend Belagsarbeiten in der Liestaler Altstadt (Nr. 2013/60)

Die stadträtliche Interpellationsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2013/60 hat folgenden Wortlaut:

Text Interpellation 2013/60 vom 27. Mai 2013

Zur grossen Verwunderung vieler Liestaler Einwohner werden seit Tagen grosse Teile der neuen Wasserrinnen in den neuen Strassenbelägen ersetzt resp. repariert. Neben den Unannehmlichkeiten für die Anwohner und Ladenbesitzer stellt sich unmittelbar die Frage, was hier falsch gelaufen ist. Wir bitten deshalb den Stadtrat um entsprechende Auskunft. Insbesondere interessiert natürlich, wer dafür die Verantwortung trägt und wer die Mehrkosten übernimmt.

Antwort

Ausgangslage

Bei der Neugestaltung der Gassen in der Liestaler Altstadt ab 2009 wurde für die Entwässerung des Oberflächenwassers eine Mittelrinne aus Naturstein erstellt.

2009 wurde mit den Bauarbeiten im 1. Teil der Kanonengasse inkl. Stabhofgasse begonnen. 2010 folgte die Rosengasse und 2011 der 2. Teil der Kanonengasse.

Schadenbild

Im Herbst 2011 stellte man im 1. Teil der Kanonengasse fest, dass sich einige Rinnenelemente bewegten und im Belag keinen Halt mehr hatten. Insbesondere dort, wo die meisten Fahrzeuge die Rinne queren oder direkt auf der Rinne abdrehen und damit die Punktbelastungen bzw. die Scherkräfte am grössten sind.

Lösung

Aufgrund materialtechnischer Abklärungen entschied das Stadtbauamt zusammen mit der Bauleitung und dem Bauunternehmer, die Natursteine im stark belasteten Abschnitt der Kanonengasse (Zeughausgasse-Haus Nr.25) herauszulösen, mit aufgebrachter Haftbrücke in einen Spezialmörtel einzubetten und die Längsfugen zu vergiessen. Die Hälfte dieser Sanierungsarbeiten wurde 2012 mit den Bauarbeiten in der Zeughausgasse kombiniert, der Rest erfolgte im Frühling 2013.

Gleichzeitig wurden entlang aller kaum beanspruchten Rinnen Längsfugen gefräst und vergossen. Dies verhindert dauerhaft das Eindringen von Wasser. Damit werden weitere Frostschäden reduziert und die Natursteine bleiben langfristig satt eingebunden.

Kosten

Da die Wahl des ursprünglichen Konstruktionsdetails ein gemeinsamer Entscheid von Unternehmer, Bauleitung und Stadt Liestal war wurde für die nachträglichen Reparatur- und Sanierungsarbeiten folgender Kostenteiler festgelegt: Unternehmer 50%, Bauleitung 20%, Stadt 30%. Der Kostenanteil für die Stadt beträgt ca. TCHF 8.

Liestal, 11. Juni 2013

Für den Stadtrat Liestal

Der Stadtpräsident Der Stadtverwalter

Lukas Ott

Benedikt Minzer

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) bittet den Interpellanten, sich zur schriftlichen Beantwortung des Stadtrates gemäss Vorlage Nr. 2013/60a zu äussern.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die stadträtliche Beantwortung seiner Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass die Diskussion nicht bestritten wird.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, die Stadt sei bezüglich dem Belageinbau doch wohl schlecht beraten worden. Schade ist, dass sich die Stadt unverschuldet an den Reparaturkosten freiwillig finanziell beteiligte. In diversen verkehrsfreien Innenstädten sind schon unterschiedliche Beläge eingebaut worden, wobei sich nicht alle bewährt haben. Es stellt sich deshalb wohl auch in Liestal die Frage, ob man künftig andere Strassenbeläge in Betracht ziehen sollte oder nicht.

Pascal Porchet (FDP) findet es nicht in Ordnung, dass sich die Stadt Liestal als Bestellerin und Auftraggeberin an den Reparatur- und Sanierungskosten noch mit 30 % bzw. CHF 8'000.-- beteiligen musste. Im Vorfeld hätten alle Beteiligten die Lösungen diskutieren müssen. Wenn vom beauftragten Unternehmen keine Abmahnung vor Ausführung der Arbeiten erfolgt, ist dieser dann auch vollumfänglich in der Pflicht. Das beauftragte Unternehmen hätte ohne Abmahnung die ganzen Reparatur- sowie Sanierungskosten exklusive einer freiwilligen Kostenbeteiligung der Stadt vollumfänglich übernehmen müssen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/60.

117 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Fragestunde

1. Frage / Michael Bischof (FDP) – Quadratmeter-Preis im Stedtli

Stadtratssitzung vom 2. Juli 2013: Der Stadtrat stimmt dem Verkauf der Parzelle Nr. 1489 in der Höhe von CHF 2'500.--, Konto Nr. 942.601.01, zu. Hier handelt es sich um 5 m2 genau hinter dem alten Manorgebäude, welche innerhalb der Parzelle 1490, Rathausstr. 59, ist. Wie hat der Stadtrat diesen Wert (Preis pro Quadratmeter) errechnet? Warum verkauft der Stadtrat zu einem Preis, der weit unter dem marktüblichen Quadratmeter-Preis liegt?

Stadtrat Peter Rohrbach: Bei der kleinen Fläche von 5 m2 ist der Preis nicht berechnet worden, denn beim Grundstück handelt es sich um eine Abrundung des grösseren Manor-Landgeschäftes. Es ist üblich, dass solche Restflächen zu einem Drittel des Marktwertes verkauft werden.

2. Frage / Michael Bischof (FDP) – GIS-konforme Dokumentation

Stadtratssitzung vom 28. Mai 2013: Der Stadtrat genehmigt die Vergabe der Aufarbeitung der GIS-konformen Dokumentation für das Werkinformationssystem Wasser- und Abwasserleitungen in der Höhe von CHF 29'721.60 sowie für die jährliche Nachführung rund CHF 50'000.– bezüglich Wasserversorgung und rund CHF 40'000.– bezüglich Abwasserbeseitigung. Auf welcher Grundlage sind diese Aufträge vergeben worden? Welche Aufgaben beinhaltet das Wort „Nachführen“, was mit CHF 90'000.-- zu Buche schlägt?

Stadtrat Peter Rohrbach: Mit der Inkraftsetzung der neuen Verordnung über den Leitungskataster mussten die bestehenden Verträge über die Anlage und Nachführung des Leitungskatasters gekündigt und neu aufgelegt werden. Die Submission ist nach Reglement durchgeführt worden. Bei der Aufarbeitung der Daten werden bestehende Daten aktualisiert, fehlende Daten, wie zum Beispiel die Wasser- und Abwasserleitungen ausserhalb Baugebiet, Kanalsanierungen etc. ergänzt und die Darstellung der Pläne und deren Visualisierung inkl. Planplots verbessert. Es handelte sich bei der Arbeitsvergabe um einen völlig normalen Prozess, welcher gemäss gültigen Gesetzen und Reglementen abgelaufen ist.

3. Frage / Michael Bischof (FDP) – Stadtbaukommission, Farb- und Reklamekommission

Die Stadtbaukommission und die Farb- und Reklamekommission besteht grossmehrheitlich (abgesehen von den Mitgliedern von Amtes wegen) aus nicht ortsansässigen Mitgliedern. Was ist der Grund dafür und welches sind die Kriterien für die Berufung in diese Kommissionen? Wäre auch eine Ausweitung der Kommissionen auf Fachkräfte aus der Graphik, Werbung/Marketing oder von Interessensgruppen wie KMU Liestal denkbar?

Stadtrat Peter Rohrbach: In Liestal ist man privilegiert und kann für stadträtliche beratende Kommissionen immer noch ausgewiesene Fachleute finden. Es werden sicher unterschiedliche Meinungen vertreten, ob dabei der Wohnort der Kommissionsmitglieder auch noch ausschlaggebend sein soll. Er ist der Ansicht, dass diese nicht unbedingt in Liestal wohnen und integriert sein müssen, sondern dass diese eher die zu beratenden Geschäfte sach- und fachbezogen anschauen. Bei der Wahl der Kommissionen anfangs Amtsperiode sind die Kommissionsmitglieder oftmals dem Stadtrat auch nicht persönlich bekannt und so überlegt man sich nun, wie man dies künftig besser machen könnte. Speziell möchte er auch darauf hinweisen, dass die Farb- und Reklamekommission dem Stadtbauamt bzgl. Reklamegesuchen Empfehlungen abgibt und man bewusst darauf verzichtet hatte, dass der Stadtrat in dieser beratenden Kommission vertreten ist, damit dieser im Beschwerdefall unvoreingenommen prüfen und entscheiden kann. Und im Internet macht man darauf aufmerksam, dass diese Kommission beraten, jedoch nicht über Gesuche entscheiden kann. Der Stadtrat möchte die bestehenden Kommissionen grundsätzlich nicht vergrössern.

4. Frage / Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) – Fälligkeit Staats- und Gemeindesteuern

Im September werden jeweils die Staats- und Gemeindesteuern fällig. Einige Gemeinden erinnern als Bürgerservice ihre Einwohner per Inserat im örtlichen Mitteilungsblatt. Könnte der Stadtrat im Liestal aktuell jeweils in der Septemбераusgabe eine entsprechende Erinnerung publizieren?"

Stadtpräsident Lukas Ott: Der Gemeindesteuerbezug für die Stadt Liestal wird von der Steuerverwaltung des Kantons erledigt. Gegen eine Publikation im Liestal aktuell seitens der Stadt Liestal spricht nichts dagegen und so wird man die Anregung bereits mit dem nächsten Liestal aktuell umsetzen.

5. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Visitenkarte von Liestal, Hinweistafel

Wenn man von Sissach herkommend die H2 verlässt – Einmündung Rosenstrasse/Abzweigung zum Schwimmbad und zur Kasinostrasse (linke Seite) wird man von folgender ziemlich veralteter Hinweistafel begrüsst. Bäder, Restaurant Erpel, Minigolf, ist durchgestrichen, Finnenbahn, ist durchgestrichen, Stadion Sporthalle, Stadion ist durchgestrichen. Meine Frage: Wer ist für solche Hinweistafeln zuständig? Könnten diese nicht regelmässig überprüft und erneuert werden?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Fragen sind berechtigt und die Betriebe werden die Tafeln im Herbst 2013 à jour bringen. Auch andere Signalisations- und Hinweistafeln müssen bezüglich Richtigkeit und Vollständigkeit überprüft werden.

6. Frage / Beat Gränicher (SVP) – Durchgang Kanonengasse/Büchelistrasse

Zwischen Büchelistrasse und Kanonengasse, Objekt altes Manor. Zur Zeit mit Brettern zusammengehalten, damit das durch die Denkmalpflege geschützte Objekt nicht auseinanderfällt! Ein Schandfleck für Liestal. Weiter wird der Durchgang mit Plakaten verstellt. Was denkt der Stadtrat zu unternehmen, damit baldmöglichst eine Lösung gefunden wird?

Stadtrat Peter Rohrbach: Der Stadtrat hat diesbezüglich schon sehr viel unternommen. Das Hauptproblem liegt darin, dass sich die Bauherrschaft und die Denkmalpflege in den Haaren liegen und auch die stadträtlichen Versuche scheiterten, diesen gotischen Knoten lösen zu können. Der Stadtrat kann im Moment nicht mehr viel machen, doch er wird erneut versuchen, die beiden Kontrahenten wieder an einen Tisch zu bringen, damit man zu Lösungen kommt.

118 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich, Pilotprojekt – Zweiter Bericht des Stadtrates zum Postulat der Fraktionen Grüne, SP, CVP/EVP/GLP (Nr. 2012/201)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert über das Vorgehen bei der Behandlung dieses Traktandums und stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Patrick Mägli (SP) teilt mit, dass die Einführung von familienergänzenden Tagesstrukturen ein wichtiges und zentrales Anliegen seiner Fraktion ist. Dem Stadtrat danke man für seine Bemühungen und seinen neuen Bericht vom 6. August 2013. An einem runden Tisch konnten die Fraktionsvertreter zusammen mit dem Stadtrat einen gemeinsamen Nenner ausloten. Die SP-Fraktion stellt den Antrag, dass die stadträtliche Vorlage Nr. 2012/201b direkt beraten wird. Das Konzept und der Kostenrahmen liegt im Konsens der Teilnehmenden des informellen runden Tisches. Bei einer Direktberatung könnte der Stadtrat mit den Arbeiten beginnen und es ginge nicht unnötige Zeit verloren. Die Mitwirkung des Einwohnerrates bzw. einer seiner Kommissionen wäre bei der noch anstehenden Revision des Bildungsreglementes immer noch möglich.

Erika Eichenberger (GL) sagt, der Rat habe das Geschäft an der Januar-Sitzung an den Stadtrat zurückgewiesen. Dass die damaligen Voten vom Stadtrat sehr ernst genommen wurden, hatte sich bereits bei den beiden Sitzungen mit den Fraktionsvertretern gezeigt. Mit gutem Gewissen kann deshalb die stadträtliche Vorlage direkt beraten werden.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) teilt mit, auch ihre Fraktion wird dem Antrag für eine Direktberatung der Vorlage zustimmen, denn es liegt ein sorgfältig ausgearbeiteter und umfassender Bericht vor. Die familienergänzenden Tagesstrukturen zusammen mit den Blockzeiten, dem Mittagstisch, dem Aufgabenhort und den Angeboten des Vereins Ferienbetreuung sind für Liestal ein grosser Fortschritt und ein gutes Markenzeichen. Dies wirkt sich hoffentlich auch positiv auf die Steuereinnahmen aus. Positiv ist, dass sich die Elternbeiträge am steuerbaren Einkommen orientieren.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) weist darauf hin, dass sich die Fraktionssprecher zuerst nur zum Antrag betreffend der Direktberatung der Vorlage äussern möchten.

Vizepräsident Heinz Lurf (FDP) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend dem Antrag der SP-Fraktion keine Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem Antrag für eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage Nr. 2012/201b wird einstimmig zugestimmt.

Erika Eichenberger (GL) erinnert sich noch gut an die Voten der Einwohnerratssitzung vom 30. Januar 2013, als man die erste stadträtliche Vorlage zurückgewiesen hatte. Sie selbst ist nach Vorliegen des neuen Berichtes nun doch zuversichtlich, dass die Einführung familienergänzender Tagesstrukturen an der heutigen Sitzung beschlossen wird. Vom Stadtrat und der Verwaltung ist sehr gute Arbeit geleistet worden, die Kritik aus dem Rat habe man ernst genommen und auch die Eckwerte sowie Wünsche der Postulanten wurden berücksichtigt. Die Vorlage wird bestimmt auch der momentanen Aufbruchstimmung gerecht. Das Angebot deckt fünf Wochentage ab und genügt den Qualitätsansprüchen. Mit einkommensabhängigen Beiträgen werden auch die Eltern in die Pflicht genommen und damit kann der Kostenrahmen mit Nettokosten von rund CHF 170'000.— eingehalten werden. Die Kosten werden in den Voranschlägen ausgewiesen und somit kann der Einwohnerrat auch entsprechend

Einfluss nehmen. Mit der heutigen Direktberatung sollte es möglich sein, dass gemäss Zeitplan das Angebot ab dem neuen Schuljahr 2014/2015 gestartet und die operative Umsetzung vorgängig noch rechtzeitig in Angriff genommen werden kann. Auch die Ferienbetreuung ist dank dem neuen Verein FBI möglich und das neue Aufgabenhort-Angebot ist ebenfalls gut. Im Falle einer Gutheissung der stadträtlichen Anträge müsste noch das Bildungsreglement angepasst und vom Rat beschlossen werden. Ihre Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Patrick Mägli (SP) schliesst sich dem Votum seiner Ratskollegin an und dankt dem Stadtrat für die tolle Vorlage, welche nach der Umsetzung ein wichtiger Meilenstein für Liestal sein wird. Mit der Vorlage werden die Eckwerte der Postulanten vollständig umgesetzt und die Umsetzung ist zudem schon ab dem Schuljahr 2014/2015 möglich. Die veranschlagten Kosten liegen in einem vernünftigen Kostenrahmen und die Elternbeiträge sind absolut angemessen. Auch er ist davon überzeugt, dass sich die Mehrausgaben mittel- und langfristig für Liestal in mehrfacher Hinsicht auszahlen werden. Erfreut nehme man auch zur Kenntnis, dass das Mittagstisch-Angebot erweitert wird und der Aufgabenhort in der bisherigen Form angeboten wird. Die organisatorischen Leitlinien sind in einer weiteren Vorlage noch zu konkretisieren, erscheinen aber richtig und zweckmässig zu sein. Seine Fraktion wird allen stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) findet persönlich das Angebot ebenfalls gut und umfassend. Lange durfte sie Schulkinder begleiten, doch darf sie dies altershalber leider nicht mehr tun. Es ist toll, dass der Aufgabenhort weiterhin gratis angeboten wird. Schade ist, dass dieser am Donnerstag-Nachmittag nicht mehr angeboten wird. Sie hatte beobachtet, dass die Kinder meist um 17.00 Uhr nach Hause gegangen sind, und so frage sie sich, ob dieses Angebot bis 18.00 Uhr wirklich nötig ist. Auch den Geschwister-Rabatt befürworte sie.

Hanspeter Meyer (SVP) meint, dass dieses Geschäft nach einem langen Weg doch noch zum Ziel kommt. Seine Fraktion hatte sich anfangs gegen Luxuslösungen ausgesprochen und so darf man heute erneut feststellen, dass insbesondere dank dem Schulvorsteher und der Schulleitung ein guter Kompromiss gefunden werden konnte. Die vorliegende Lösung darf bezüglich Angebot und Kosten als ausgewogen bezeichnet werden. Man ist natürlich gespannt, ob dann auch alles so funktioniert, denn mögliche Korrekturen sind bereits erwähnt worden. Liestal kann mit diesem Modell sicher mit Unterbaselbieter-Gemeinden mithalten, wobei man aufpassen muss, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Die SVP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) berichtet, seine Fraktion habe den zweiten Bericht mit grossem Interesse zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass die Forderungen der Postulanten weitgehend umgesetzt wurden. Das zusätzliche Betreuungsangebot gilt für alle fünf Schulstandorte an allen fünf Arbeitstagen bis jeweils 18.00 Uhr, woran sich Eltern auch mit einem einkommensabhängigen Tarif finanziell zu beteiligen haben. Dem Bericht kann nicht so genau entnommen werden, ob die Stadt die Zusammenarbeit mit dem Verein Ferienbetreuung fortgesetzt wird, doch hoffe man dies sehr. Seine Fraktion fordert, dass die Nettokosten von CHF 300'000.— nicht überschritten werden, was gemäss Bericht und Kalkulation des Stadtrates auch verhalten sollte. Es liegt in der Verantwortung des Stadtrates, dass die Eckwerte eingehalten werden. Als mögliches Instrument dazu wird die Personalpolitik erwähnt, denn für die qualitativ hochstehende Betreuung ist qualifiziertes Personal nötig, was aber nicht zwingend einen pädagogischen Hochschulabschluss voraussetzen muss. Vom zuständigen Stadtrat ist am runden Tisch gesagt worden, dass man bei den Stellenbesetzungen einen gesunden Mix mit Fachkräften und anderen geeigneten Leuten haben möchte. Ein weiteres Instrument dürfte die Tarifpolitik sein und so möchte man dem Stadtrat im Zusammenhang mit den Elternbeiträgen mitgeben, dass für den Mittagstisch ebenfalls Beiträge erhoben werden sollten. Für die Nachmittagsbetreuung sollten Eltern mit einem Einkommen unter CHF 50'000.— ebenfalls Beiträge leisten müssen, auch wenn dieser noch so bescheiden ist. Und ebenfalls sollte die Tabelle bis zu einem Maximal-Jahreseinkommen von über CHF 110'000.-

fortgeführt werden. Die vorgeschlagenen Tarife sind immer noch zu tief, ist doch beispielsweise ein Tagesmütter-Preis rund doppelt so hoch. Es ist begrüssenswert, dass in den nächsten drei Amtsberichten über das Projekt berichtet wird. Seine Fraktion freut sich auf den Start im nächsten Jahr und wird den Anträgen des Stadtrates ebenfalls zustimmen.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass er nach so vielen positiven Voten doch ein paar persönliche Kontrapunkte setzen möchte. Dies aus grundsätzlichen Überlegungen, denn nicht alles, was unmoralisch ist, muss hoheitlich verhindert werden. Und all das, was für die Gesellschaft gut ist, muss vom Staat geregelt und/oder gefördert werden. In den letzten 10 Jahren hatte unbestritten ein starker gesellschaftlicher Wandel stattgefunden, und so ist es bald selbstverständlich, dass beide Elternteile arbeiten und deren Kinder betreut werden müssen. Im Kanton Zürich sind am letzten Montag rund 27'000 Kinder wieder zur Schule gegangen und davon benötigen 10'800 Kinder eine ausserfamiliäre Betreuung. Man rechnet damit, dass sich die Anzahl Kinderhorte bis ins Jahr 2020 verdoppeln wird. Ein Riesenmarkt und beste Aussichten für die Anbieter, doch soll es der Staat richten. Bedürfnisse, die aus einem gesellschaftlichen Wandel entstehen, müssen doch nicht immer durch den Staat abgedeckt werden, denn gemäss Budget 2013 belaufen sich die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt bereits auf 25 % bzw. 10 Mio. Franken. Die Betreuung der Kinder sollte Privatsache bleiben, in der Eigenverantwortung der Eltern liegen und der Staat die Finger davon lassen. Ein nicht unbedeutender Teil der Bevölkerung versteuert ein Jahreseinkommen zwischen 100'000 bis 200'000 Franken und so finde er die Plafonierung des Jahreseinkommens im Zusammenhang mit der Nachmittagsbetreuung bei CHF 90'000.— schon etwas extrem. Aus den erwähnten Gründen wird er die stadträtlichen Anträge ablehnen.

Michael Bischof (FDP) unterstützt das Votum seines Vorredners als Einzelsprecher und nicht als Fraktionspräsident. Auch im gehe es um die Eigenverantwortung. Zudem stelle er die Notwendigkeit von Fachpersonal für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung ebenfalls in Frage. Auch bekundet er Mühe damit, dass mit dem Postulat ein Pilotprojekt thematisiert bzw. verlangt wurde, es sich bei dem nun vorliegenden Bericht doch schon um einen Dauerauftrag handelt. Er spricht sich selber auch dafür aus, dass man die wirklich Bedürftigen unterstützt. Eine altbekannte Weisheit ist es, dass wenn man den Mittelstand mit dem Giesskannen-Prinzip unterstützt, es meist den Untergang der Gesellschaft mit sich bringt. Auch wird in der Vorlage das Zusammenspiel mit der Tagesfamilien-Organisation VTOB viel zu wenig thematisiert. Obwohl diese professionell arbeitet und von den Gemeinden finanziell unterstützt wird, versucht man anscheinend nicht, zusammen mit dieser Organisation gemeinsame Lösungen zu finden. Er wird die stadträtlichen Anträge ebenfalls nicht unterstützen.

Marianne Quensel (SP) erinnert sich an die frühere Zeit, in der sie als Schulratspräsidentin mit der Studie und Erhebung involviert war. Den beiden letzten Votanten möchte sie entgegen, dass es nicht immer darum geht, dass man die Einkommen beider Elternteile braucht. Denn auf die wertvolle Arbeit der Frauen in der Wirtschaft, im Gesundheitsbereich usw. kann kaum mehr verzichtet werden. Mit dem Angebot der familienergänzenden Tagesstrukturen wird die Organisation der Familien und Eltern künftig etwas einfacher, was bis anhin vor allem für die Frauen meist schwierig war.

Beat Gränicher (SVP) meint, dass sich seine Fraktion anfänglich vor allem wegen den Kosten gegen eine Angebotserweiterung ausgesprochen hatte. Dem Stadtrat und Departementsvorsteher möchte er ein Kompliment betreffend der Postulatsbeantwortung und dem Projekt aussprechen, doch bekunde er Mühe mit der Plafonierung des Jahreseinkommens auf CHF 90'000.— im Zusammenhang mit den Elternbeiträgen. Die Tarifstruktur sollte vom Stadtrat doch nochmals gut überlegt werden.

Jürg Holinger (GL) meint im Zusammenhang der mehrmals erwähnten Eigenverantwortung der Eltern, dass nach wie vor die Eltern selbst entscheiden, ob sie vom neuen Angebot Gebrauch machen möchten oder nicht. Er kann deshalb den Begriff Eigenverantwortung in diesem Zusammenhang nicht verstehen.

Stadtrat Franz Kaufmann dankt für die grossmehrheitlich positive Aufnahme des stadträtlichen Berichtes im Rat. Anknüpfend an die heutige Antrittsrede des Ratspräsidenten ruft er nochmals in Erinnerung, dass es die Pflicht des Einwohnerrates und Stadtrates ist, gemeinsame Lösungen zum Wohle der Bevölkerung zu finden. Dieses Ziel ist gemeinsam und im Dialog miteinander beim vorliegenden Geschäft sicher erreicht worden. Im Jahre 2005 war das Geschäft bereits mit dem Bedarfsanalyse-Postulat ein Thema im Rat und nach acht Jahren scheint man nun doch erfreulicherweise endlich am Ziel zu sein. Im Zusammenhang mit einigen Voten aus dem Rat möchte er festhalten, dass sich bei ihm gerade bürgerliche Frauen mit guter Ausbildung nach der Einführung familienergänzender Tagesstrukturen erkundigt hatten. Und sollte der Rat die Einführung dieses Angebotes ablehnen, so hätte dies sicher einen Standort-Nachteil für Liestal zur Folge. So ist ihm ein Ehepaar bekannt, welches im medizinisch-technischen Bereich tätig und nach dem ablehnenden Entscheid im Jahre 2008 aus Liestal weggezogen war, da sie die Betreuung ihrer Kinder mit ihrer Berufsausübung nicht mehr auf einen Nenner bringen konnten. Beim Angebot handelt es sich nicht um eine Sozialleistung, welche zusätzlich erbracht wird, sondern um einen Infrastrukturbeitrag, wie ihn eine Stadt wie Liestal in der heutigen Zeit einfach zur Verfügung stellen sollte. Selbstverständlich wird die Zusammenarbeit mit dem Verein Ferienbetreuung weitergeführt. Im Zusammenhang mit der Stellenbesetzung ist es nötig, dass für die Grundbetreuung doch mindestens eine Person mit sozial-pädagogischen Ausbildung präsent ist. Auch wird der Stadtrat die heutigen Voten bezüglich einer Tarifstruktur noch prüfen. Anpassungen nach oben sind möglich, Korrekturen im unteren Bereich dürften gemäss früheren Beratungen wohl eher nicht zur Diskussion stehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Administrationskosten auch noch in einem Verhältnis zu den Einnahmen stehen sollten. Eine Zustimmung des Rates an der heutigen Sitzung ist nicht nur für den operativen Vorlauf in seinem Bereich von grossem Vorteil, sondern auch für diejenigen Familien wichtig, die sich im Zusammenhang mit dem neuen Angebot an familienergänzenden Tagesstrukturen ab nächstem Jahr noch entsprechend einstellen und organisieren können.

Michael Bischof (FDP) bemerkt, dass er den politischen Seitenhieb wohl verstanden habe. In diesem Zusammenhang möchte er festhalten, dass man bei den Freisinnigen durchaus eine eigene Meinung vertreten darf, welche nicht dem Parteiprogramm entspricht. Und gibt man die Möglichkeit, die Eigenverantwortung abschieben zu können, dann ist es relativ einfach, diese abzuschieben und somit kann dann auch nicht mehr von einer Eigenverantwortung gesprochen werden. Und im Zusammenhang mit den Tarifstrukturen bzw. Elternbeiträgen darf der Rat ja wohl nicht der irrigen Meinung sein, diesbezüglich noch etwas mitreden zu können. Auch in diesem Fall wird der Einwohnerrat über reglementarische Bestimmungen beraten und entscheiden können, die massgebenden Tarifstrukturen werden dann aber wiederum vom Stadtrat auf Verordnungsstufe beschlossen.

Karin Jeitziner (FDP) führt betreffend der Stellenbesetzung aus, dass ihre drei Söhne auch ohne pädagogische Ausbildung ihrer Mutter gross geworden sind. Auch mit etwas normalem Menschenverstand sollte es nach wie vor auch künftig möglich sein, Kinder unterschiedlichen Alters erziehen und betreuen zu können.

- ://: Das Konzept für das Projekt „familienergänzende Tagesstrukturen im Schulbereich“ wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen zur Kenntnis genommen.
- ://: Der Rat genehmigt mit 29 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen die jährlichen Bruttokosten von TCHF 270.
- ://: Mit 30 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat Nr. 2012/201 als erfüllt abgeschrieben.

119 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Ausfahrt Oskar-Bider-Quartier - Bericht Stadtrat zum Postulat „Sichere Ausfahrt für unser Oskar-Bider-Quartier“ von Hans Rudolf Schafroth der SVP-Fraktion (Nr. 2013/51)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt die Frage, ob das Eintreten auf das Geschäft bestritten wird.

://: Das Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) bedankt sich als Postulant für die stadträtlichen Antworten zu seinem Vorstoss. Schon Goethe sagte, dass er die Botschaft wohl höre, ihm jedoch der Glaube daran fehle. Auch er glaubt nicht, dass der Stadtrat die Sicherheit seiner Einwohner und Verkehrsteilnehmer des Oskar-Bider-Quartiers wirklich ernst genug nimmt. Die im Postulat erwähnte Ausfahrt ist die wohl gefährlichste Ausfahrt im gesamten Gemeindegebiet von Liestal, obwohl diese den gesetzlichen Normen entspricht. Zum Glück sind in den letzten fünf Jahren nicht mehr grössere Unfälle passiert. In den Unfallstatistiken werden aber ja nur diejenigen Unfälle berücksichtigt, die von der Polizei aufgenommen worden, weshalb die Dunkelziffer der nicht gemeldeten Unfälle bei der erwähnten Ausfahrt doch recht gross sein dürfte. Muss es denn immer zu schweren Unfällen oder gar Todesfällen kommen, um Handlungsbedarf zu sehen? Dass die Wartezeiten bei denjenigen Ein- und Ausfahrten relativ gering sind, verwundert eigentlich nicht, weil wegen der Sperrung der Ortsdurchfahrt von Waldenburg seit Frühling 2013 grösstenteils der Umweg über den Belchen genommen wird, um auf die Südseite des oberen Hauensteins gelangen zu können. Nach Aufhebung des Durchfahrtsverbotes in Waldenburg wird der Verkehr markant zunehmen und sich auch die Wartezeiten bei der dortigen Ein- und Ausfahrt der Waldenburgerstrasse wieder vergrössern. Das Fahrverbot in der Industriestrasse nach Lausen ist aufgrund von Einsprachen im betroffenen Wohnquartier in Lausen angeordnet worden, weil leider einige Verkehrsteilnehmer aus dem Oskar-Bider-Quartier herkommend mit erhöhten Geschwindigkeiten die Sicherheit der Quartierbewohner gefährdet hatten. Umgekehrt ist die Durchfahrt von Lausen her durch das Oskar-Bider-Quartier nicht lukrativ, da der Weg über die Altmarkt-Kreuzung schneller ist. All diejenigen Ratsmitglieder, die er Überweisung seines Postulates an den Stadtrat zugestimmt hatten, werden mit den stadträtlichen Antworten gemäss Vorlage Nr. 2013/51a kaum zufrieden sein. Es interessiert nicht, welche Gründe der Stadtrat aufführen kann, welche sein Nichtstun rechtfertigen. Vielmehr werden vom Rat Vorschläge und Massnahmen zur Verbesserung der Ausfahrt auf die Waldenburgerstrasse und adäquaten Fussgängerlösung erwartet, sind doch alle Verkehrsteilnehmer betroffen. Aus diesem Grund soll das Postulat Nr. 2013/51 heute auch nicht abgeschrieben und vom Stadtrat neue Verbesserungsvorschläge unterbreitet werden.

Canan Güngör (SP) meint, der Rat habe mit der stadträtlichen Postulatsbeantwortung zur Kenntnis nehmen dürfen, dass der Motorfahrzeugverkehr auf der Kreuzung fliegend sei. Leider habe sie feststellen müssen, dass die Verkehrssicherheit für die Fussgänger im Bericht nicht erwähnt wird. Nach wie vor ist sie felsenfest davon überzeugt, dass der Verkehr für die Fussgänger bei der Überquerung der Waldenburgerstrasse vom Quartier zur Waldenburgerbahn-Haltestelle eine Gefahr darstellt. Die SP-Fraktion wird der Postulatsabschreibung zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass das Geschäft an der Fraktionssitzung länger diskutiert wurde. Die Abschreibung des Postulates wird in der Mittefraktion von der Stellungnahme des Postulanten zu den stadträtlichen Anträgen abhängig gemacht. Das Postulat ist eigentlich vom Kanton und nicht vom Stadtrat beantwortet worden, welcher innerhalb seiner Zuständigkeiten Lösungen prüfen müsste. Es kann durchaus sein, dass die Kreuzung den Normen entspricht und Verbesserungen nicht möglich sind. Er ist der Meinung, dass die

Kreuzung gefährlich ist, weil sie optisch einer Ausserortskreuzung entspricht, welche auf einer schnell befahrbaren Strecke liegt. Dies ist wohl auch ein Grund dafür, dass die Polizei dort wegen Überschreitungen auch häufig Geschwindigkeitskontrollen durchführt. Die Antworten des Kantons und des Stadtrates sind unbefriedigend, da beispielsweise nicht einmal im Ansatz Alternativen und Lösungsansätze aufgezeigt werden. So könnte beispielsweise eine Aufhebung des Fahrverbotes zwischen Lausen und Liestal eine mögliche Lösung sein, indem man den Zubringerdienst ins Oskar-Bider-Quartier wieder ermöglichen könnte. Im Zusammenhang mit der Gräubern-Überbauung ist eine Verzweigung mit Lichtsignalanlage gebaut worden, bei welcher auch ein Fuss- und Veloweg zur Waldstrasse führt. Dieser wird wiederum nach ein paar Metern zu einer Fahrstrasse und wird aktuell als Parkplätze genutzt. Theoretisch wäre es auch vorstellbar, dass diese Strasse von der Waldstrasse bis zur Kreuzung geführt und eine vierarmige Kreuzung mit Ampeln realisiert würde. Solche Lösungen würden natürlich etwas kosten. Der Stadtrat beruft sich in seinem Bericht ausschliesslich auf die Stellungnahme des Kantons und so ist ein Teil seiner Fraktion der Meinung, dass dies nicht der ganz richtige Weg sein kann und weitere Lösungen vom Stadtrat noch geprüft werden sollten.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die Rückmeldungen aus dem Rat. Er ist sich nach den heutigen Diskussionen auf einmal nicht mehr sicher, ob die gefährlichste Kreuzung nun bei der Seltisbergerstrasse oder beim Oskar-Bider-Quartier liegt. Tatsache ist, dass die Waldenburgerstrasse eine Staatsstrasse ist, weshalb der Kanton auch eine Stellungnahme zum Postulat abgegeben hatte. Das abschliessende Sagen hat der Kanton. Er kann den Vorrednern zustimmen, dass der Zeitpunkt der durchgeführten Verkehrszählungen doch falsch gewesen sein dürfte, weshalb man diesbezüglich den Kanton nochmals kontaktieren wird. Auch an dieser Stelle möchte er in Erinnerung rufen, dass man Gutachten und Stellungnahmen von Fachleuten akzeptieren sollte. Der Stadtrat wird bei der kantonalen Verkehrsabteilung nochmals vorstellig werden und die heutigen neuen Diskussionspunkte vorbringen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass sich zum Geschäft niemand mehr äussern möchte.

Den Postulanten Hans Rudolf Schafroth macht er darauf aufmerksam, dass dieser seinen Antrag betreffend der Nichtabschreibung seines Vorstosses noch schriftlich formulieren und einreichen müsste.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) stellt fest, dass er keinen Antrag schriftlich einzureichen hat, zumal man von Stadtrat Peter Rohrbach bereits die Antwort betreffend der weiteren Behandlung seines Vorstosses erhalten haben.

://: Der Rat einstimmig Kenntnis von der stadträtlichen Postulatsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2013/51a.

://: Mit 14 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2013/51 nicht abgeschrieben.

120 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Familiengärten – Postulat von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Familiengärten Heidenloch (Nr. 2013/68)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Vreni Wunderlin-Friedli
Fraktion CVP/EVP/GLP

Postulat – Familiengärten Heidenloch

Für Familien, speziell für solche, die kein Haus und keinen Garten besitzen, sind die Gärten das Zentrum für ihre Familien, für ihre Freizeitbeschäftigungen und für ihre Erholung. Es ermöglicht ein gemütliches Zusammensein ausserhalb der Wohnung und gibt viel Befriedigung und Lebensfreude.

Im Heidenloch hat es viele solcher Familiengärten, die nun den Besitzern per Ende 2014 gekündet wurden. Der Einwohnerrat hat zu einem früheren Zeitpunkt eine Umzonung zugunsten von Bauland entschieden. Ein vorläufiges Weiterführen der Gärten wird jahreweise (jeweils im Monat August) entschieden bis zum Zeitpunkt der Realisierung eines Bauprojektes. Für alle Besitzer ist dies ein schmerzlicher Entscheid, haben sie doch viel Geld und Herzblut in diese kleinen „Paradiese“ gesteckt.

Es fanden bereits Anfragen zwischen dem Bürgerrat und dem Stadtbauamt statt, ob allenfalls Gärten bei der Überdachung der H2 realisiert werden könnten. Ob das eine gute Idee ist, bezweifle ich, wenn ich an die Abgase und den Autoverkehr denke.

Ich bitte den Stadtrat zu prüfen, wie er hier gemeinsam mit dem Bürgerrat und mit dem Kanton Unterstützung für unsere Einwohnerinnen und Einwohner bieten kann, um neue Standorte zu finden.

Wäre es möglich, das bestehende Familiengartenareal im Oskar-Bider-Gebiet durch eine Zupacht von Landwirtschaftsland zu erweitern, und eventuell den Abstellplatz für Fahrende zu verschieben?

Vreni Wunderlin

25.6.2013 vw

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt die Frage an den Stadtrat, ob dieser den neuen Vorstoss übernehmen möchte oder nicht.

Stadtrat Peter Rohrbach erklärt, dass der Stadtrat das Postulat nicht übernehmen möchte, denn die Familiengärten liegen auf Bürgergemeindeland. Der Stadtrat hatte den Pflanzgarten-Pächtern bereits seine guten Dienste angeboten und diese unterstützt. Beim Vorstoss handelt sich um kein Geschäft, dass die Einwohnergemeinde bzw. den Stadtrat betrifft.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bedauert als Postulantin den abschlägigen Bescheid des Stadtrates, hätte dieser mit einer Unterstützung einen Beitrag zur allgemeinen Wohlfahrt leisten können. Sie hatte bereits Kontakt mit dem Bürgergemeindepräsidenten und dieser hatte sich positiv zu ihrem Vorstoss geäußert. Es wäre wichtig, wenn die Betreiber der Familiengärten eine Unterstützung der Stadt spüren könnten, bezahlen diese doch auch Steuern usw. Gemeinsam mit dem Kanton und der Bürgergemeinde sollte es doch möglich sein, einen neuen Standort für Familiengärten zu finden. Sie bittet den Einwohnerrat, der Überweisung ihres Vorstosses an den Stadtrat zuzustimmen.

Hanspeter Meyer (SVP) überrascht die stadträtliche Haltung und Antwort. Die Familiengärten sind doch ein sehr wichtiger Aspekt, da diese Institution doch sehr sozial ausgerichtet ist und der besseren Integration dient. Eine Hilfestellung der Stadt sollte auch nun zu Gunsten einer Bevölkerungsschicht geleistet werden und gar pflichtig sein, welche vielleicht nicht so privilegiert ist. Und obwohl Bürgergemeindeareal betroffen ist, sind die Familiengärten doch ein wichtiges Standbein in Liestal, weshalb auch vom Stadtrat nach Lösungen gemäss Vorschlag der Postulantin usw. gesucht werden sollte. Auch könnten die provisorischen Parkplätze des Kantons beim Hasenbühl aufgehoben und das Areal für Familiengärten zur Verfügung gestellt werden.

Meret Franke (GL) teilt mit, dass es nicht Sache der Einwohnergemeinde sein kann, die heissen Eisen der Bürgergemeinde aus dem Feuer zu holen. Da aber auch ihre Fraktion Familiengärten wichtig findet für die Bevölkerung, sollte der Stadtrat das Gespräch mit der Bürgergemeinde suchen. Ihre Fraktion wird der Postulatsüberweisung grossmehrheitlich zustimmen.

Michael Bischof (FDP) kann das Votum seiner Vorrednerin unterstützen. Jedoch dürfte der Stadtrat die falsche Adresse für die Problemlösung sein, weshalb die FDP-Fraktion beschlossen hatte, sich bei diesem Geschäft ihren Stimmen zu enthalten.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, dass auch seine Fraktion der Meinung ist, dass der Stadtrat das falsche Adressat sein dürfte. Auch die SP-Fraktion wird der Überweisung des Postulates nicht zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) macht darauf aufmerksam, das Ziel für neue Familiengärten-Standorte nur dann erreicht werden kann, wenn dieses auch von allen Beteiligten angestrebt und unterstützt wird.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass alle Fraktionen die Wichtigkeit von Familiengärten betont hatten. Es wäre doch schade, wenn zuerst eine Motion eingereicht werden müsste, damit es neu in der Kompetenz der Einwohnergemeinde liegen würde, das Begehren betreffend den Familiengärten zu unterstützen. Damit man dann im Anschluss daran noch ein Postulat einreichen könnte, mit welchem die Prüfung einer Familiengärten-Umverlegung thematisiert würde. Wenn der Handlungsbedarf und die Wichtigkeit des Themas unbestritten sei, sollte vom Stadtrat nach der Postulatsüberweisung aufgezeigt werden, inwiefern er im Rahmen seiner Kompetenzen der Bürgergemeinde als Landeigentümerin und den Familiengärten-Besitzern helfen könnte. Er wird deshalb der Überweisung des Postulates zustimmen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://: Mit 15 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2013/68 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass Ratsmitglieder, welche neue Motionen und/oder Postulate eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Ratssitzung noch mündlich begründet können.

Diego Stoll (SP) erklärt, dass er gemäss § 44 Abs. 4 des Geschäftsreglementes die von ihm eingereichte **Motion „Verkehrs- und Mobilitätsstrategie“ (Nr. 2013/71)** neu in ein Postulat umwandeln möchte, da er mit der Motion das falsche Instrument gewählt hatte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.30 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hanspeter Stoll

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann